

**SVP des Kantons Zürich**

Lagerstrasse 14  
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 17. Oktober 2014

---

## **Die Lehren aus dem Fall „Carlos“ oder Stoppt die Sozialindustrie!?**

**Jürg Trachsel, Kantonsrat SVP, Fraktionspräsident, Richterswil**

---

Was haben wir alles über den Fall Carlos geredet. Im August 2013 medienwirksam durch das Staatsfernsehen und den Jugendstaatsanwalt inszeniert, entlud sich ein halbes Jahr lang ein mediales und politisches Gewitter über den verantwortlichen Regierungsrat Martin Graf und dessen Leute von der Jugendstrafrechtspflege und vom Justizvollzug. Im April 2014 dann konnten das Parlament zu 2 Kommissionsberichten Stellung nehmen, RR Graf musste noch einmal das typisch schweizerisch geordnete Hickhack über sich ergehen lassen und das war's denn auch schon. Nun, im Herbst 2014 dann schliesslich meldete sich der inzwischen pensionierte Jugendanwalt noch einmal zu Wort, um der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass die Veröffentlichung am Fernsehen wohl der einzige Fehler im sonst doch so tadellos funktionierenden Sondersetting war. Ich war und bin es eigentlich immer noch, nämlich schlicht fassungslos ob einer solchermassen verdrehten Auffassungsgabe. Kein Wort verlor der pensionierte Jugendanwalt darüber, weshalb denn wohl das unwesentlich abgespeckte Sondersetting inzwischen abgebrochen wurde. Keinen Gedanken verschwendeten die damals wie heute involvierten Personen offenbar an die Überlegung, wie denn andere ehemalige Straffällige sich in unserer Gesellschaft zurechtfinden, wenn sie monatlich in den Genuss einer rund CHF 30'000 verschlingenden Rundumbetreuung.

**Für die SVP ist nach dem Fall Carlos eines klar: Stoppt die Sozialindustrie!**

## **Sozialgelder als temporäres Netz statt als Dauerkuschelpark**

Es mag eine böswillige Hypothese sein, dennoch wurde man beim Fall Carlos aus den Ausführungen der verantwortlichen Behörden das Gefühl nicht los, als stünde gar nicht der Jugendliche selber im Fokus, sondern primär das Wohl der Sozialindustrie im Vordergrund (dass man angesichts der horrenden Kostensteigerung bei der klassischen Sozialhilfe in den vergangenen 20 Jahren durchaus von einem eigentlichen Industriezweig und schon lange nicht mehr von eigentlicher Hilfe sprechen muss, werden Ihnen nachfolgend Kollege Zanetti und v.a. Kollegin Steinemann darlegen): So hätte man denn wohl den Jugendlichen bis zum gesetzlich maximal möglichen Rahmen bis 22 Jahren mit einer Rundumbetreuung bedacht. Rückwirkend ist es der publizitätssüchtigen Selbstdarstellung des Jugendanwaltes zu verdanken, dass der Fall überhaupt öffentlich wurde.

Für die SVP ist es daher von grösster Wichtigkeit, dass auch bei den Sozialkosten das **Öffentlichkeitsprinzip** vermehrt so zu interpretieren ist, als dass die Bevölkerung entschieden detaillierter über die Verwendung der öffentlichen Gelder zu informieren ist. Sicher ist über den Detaillierungsgrad noch zu diskutieren, doch es darf nicht mehr angehen, dass unter dem Deckmantel des Persönlichkeitsschutzes Sozialexzesse Urständ feiern. Mit einer gezielteren Informationsverpflichtung der Behörden der Öffentlichkeit gegenüber wird einerseits dem Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit öffentlichen Geldern besser Rechnung getragen und andererseits auch die Behörden selber stärker in die Pflicht eingebunden. Es muss wieder Rechenschaft darüber abgelegt werden, warum im Fall X auch nach 2 Jahren immer noch keine Besserung eingetreten ist bzw. was wurde eben im Fall X konkret unternommen, um ihn bzw. sie wieder in ein selbstverantwortliches Leben einzugliedern. Heute passiert leider genau das Gegenteil: So genannte Profis der KESB (Kollegin Steinemann wird detailliert darauf eingehen), verfügen völlig anonym über horrend Summen, schliessen Abkommen mit der Sozialindustrie und die Gemeindebehörden verkommen zu reinen Zahlstellen. Ironischerweise sind die Gemeinde mit ihren Laienbehörden dort, wo es lediglich ums reine Auszahlen geht, nach Auffassung der Fachleute offensichtlich ausreichend legitimiert. Lediglich am Rande sei erwähnt, dass es im Bankensektor im Jahre 2008 bei der UBS ebenfalls die höchstbezahlten Profis waren, welche die Grossbank ohne die Hilfe der doch sonst ach so verhassten Laienpolitiker an die Wand gefahren hätten. Ziehen wir endlich für die Sozialpolitik die richtigen Lehren daraus und

verfallen wir nicht an den im Extremfall zerstörerisch sich auswirkenden Irrglauben der Allmacht und Unfehlbarkeit der Fachleute

### **NEIN zum süssen Gift der Kantonalisierung der Sozialkosten!**

In die gleiche sozialistische Richtung wie die reine Verprofessionalisierung der Sozialhilfe zielt der ebenfalls von linker Seite her in jüngster Zeit laut gewordene Ruf nach der Kantonalisierung der Sozialkosten. Die Sozialvorstände der grössten Zürcher Städte Zürich und Winterthur sowie die Finanzvorsteherin von Winterthur (allesamt Sozialdemokraten) werden nicht müde, die in ihren Augen gerechte Verschiebung der Sozialkosten auf Kantonsebene zu fordern.

Sie geisseln damit die Grundsätze von Föderalismus und Demokratie und hofieren den Grundsätzen von Zentralismus und Vereinheitlichung. Wozu das führt, das sehen wir mit Blick auf unseren Nachbarn Frankreich: Egal ob Sozialisten oder Gaullisten (andere dürfen im System der 5. Republik des Wahlsystems wegen gar nicht gross Einfluss haben): Den Politikern, der Verwaltung und den im Staatssold stehenden Fachleuten geht es prächtig, die Bevölkerung darbt und die Arbeits- und Perspektivenlosigkeit wächst.

**Die SVP sagt entschieden NEIN zur Kantonalisierung der Sozialkosten. Das oftmals etwas Unbequeme, nämlich das Hinschauen und bedarfsgerechte Helfen, aber eben auch das Führen und Fordern ist nur auf Gemeindeebene effizient und effektiv möglich. Eine Kantonalisierung dieser Aufgabe stellt lediglich eine Verlagerung und eben keine Lösung von Problemen dar, bewirkt eine enorme Zusatzbelastung des Kantons und führt letztlich zu horrend höheren Kosten für die Bevölkerung.**